

# Mehr Geld für Kinderrechte

## Anlaufstelle für Mädchen und Jungen in Hessen wird ausgebaut

VON STEVEN MICKSCH

Drei Minister:innen haben erlebt, berichtet Thomas Domnick vom Vorstand des Trägervereins der hessischen Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte am Mittwoch in Frankfurt. Alle hätten sich daran versucht, die Arbeit der Ombudsstelle langfristig, zeitgemäß und mit ausreichender Kapazität aufzustellen. Geklappt habe es aber erst jetzt. Sozialministerin Heike Hofmann (SPD) überreichte den Bescheid zum Ausbau und auch zur Neugestaltung der Ombudsstelle. 350 000 Euro wird es dafür 2024 geben.

„Endlich haben unsere Beschäftigten eine langfristige berufliche Sicherheit“, sagte Domnick. Vorbei die Zeiten der Jahresverträge und das jährliche Bangen, ob es weitere Projektgelder geben wird. Das Angebot solle nun verstetigt werden und dank eines jüngst erarbeiteten Konzepts einen echten Neustart erfahren, so die Ministerin.

Dass dies dringend notwendig ist, liegt nicht nur an der Bundesgesetzgebung, die Ombudsstellen für junge Menschen, die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten, vorschreibt. Vor allem zeigen es auch die steigenden Beratungszahlen. 312 waren es im vergangenen Jahr bei der Stelle. Vor fünf Jahren waren es 214. Der Bedarf steige.

Doch was macht die Ombudsstelle eigentlich? Sie hilft wie schon erwähnt jungen Men-

schern, die beispielsweise in stationären Einrichtungen oder Pflegefamilien leben. Häufig kommen sie mit Anliegen, die das Jugendamt oder die Einrichtungen, in denen sie leben, betreffen. Mal sind es rechtliche Fragen, Fragen zu finanziellen

Bezügen oder auch Hilfe bei Konflikten mit anderen jungen Menschen in den Einrichtungen.

Sarah ist eine Jugendliche, die sich in der Vergangenheit an die Ombudsstelle gewandt hat. Ihre Mitbewohnerin hatte gesundheitliche Probleme und die

stationäre Einrichtung habe nicht ausreichend geholfen. So gingen sie zur Beratungsstelle. „Das war wie ein Anker zum Festhalten. Man war einfach nicht alleine“, erzählt sie.

Auch Rieke hat die Stelle um Hilfe gebeten. Bei ihr ging es um eine Kostenübernahme nach der Vollendung des 21. Lebensjahres. Dann endet die Jugendhilfe in der Regel. Rieke zog in eine eigene Wohnung und wünschte sich Unterstützung von ihren Betreuern. Eine Mitarbeiterin der Ombudsstelle kam mit zum Jugendamt. Am Ende wurde die Maßnahme verlängert und der Start in der neuen Wohnung gelang.

Es seien diese Beispiele, die zeigten, dass man zwar eine unabhängige Stelle sei, aber trotzdem im Interesse der Jugendlichen agiere, so Domnick. Künftig will man noch mehr Fachkräfte gewinnen, um mehr Fälle begleiten zu können. Auch die Regionalisierung sei wichtig. Bisher gebe es Ehrenamtliche in verschiedenen Ecken Hessens, um auch vor Ort Besuche und Termine wahrzunehmen. Geplant ist aber auch eine Regionalstelle in Kassel, die sich dann um Nordhessen kümmern soll.

Besonders stolz sind die Verantwortlichen auf das Konzept der Ombudsstelle. Das habe man gemeinsam mit den jungen Menschen entwickelt. Die Jugendlichen sollen künftig auch in einem Beirat sitzen, um alle Bedarfe auch aus der Perspektive der jungen Menschen zu betrachten.

### DIE BERATUNG

„Ombud“ ist Schwedisch für Bevollmächtigter. Ombudsmänner oder -frauen sind unparteiisch und neutral, um bei Streitigkeiten zu vermitteln.

Zum Trägerverein „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen“ haben sich die hessischen Wohlfahrtsverbände, der Deutsche Kinderschutz-

bund, der Bundesverband der privaten Anbieter sozialer Dienste und das Institut für Vollzeitpflege und Adoption zusammengeschlossen. mic

**Kontakt zur Ombudsstelle:** Telefon 069/677 277 72, Whatsapp: 0176/438 084 77 oder per E-Mail an [info@ombudsstelle-kinderrechte-hessen.de](mailto:info@ombudsstelle-kinderrechte-hessen.de)



Sozialministerin Heike Hofmann übergibt den Bescheid an Thomas Domnick. Landesbeauftragte Miriam Zeleke (l.) freut es. BOECKHELFER